

Inhaltsverzeichnis

<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	11
<i>Einleitung</i>	13
A. Grundlagen	15
I. Der Kommissionsvorschlag	15
1. Unklarheit der Konzeption der Kommission	15
2. TPA nur im Rahmen freier Kapazitäten?	16
3. Oder Poolssystem - entsprechend der englischen Rechtslage?	17
a) Die Grundlagen im Kommissionsdokument	17
b) Die juristischen Konturen des Pools	17
4. Ergänzende Regelungen	18
a) Unbundling	18
b) Der Netzbetreiber	19
II. Probleme bei der Umsetzung in nationales Recht	20
1. Die Schranken des deutschen Verfassungsrechts	20
a) Die Geltung der deutschen Grundrechte	20
b) Die Grundrechtsfähigkeit von Energieversorgungsunternehmen	21
2. Abstimmungen im wirtschaftsrechtlichen Kontext	23
B. Die Poollösung	24
I. Ausgestaltung	24
1. Grundlegende Umgestaltung des Systems	24
2. Rechtsfähigkeit von Produktion und Vertrieb	24
3. Verantwortlichkeit des Netzbetreibers	25
4. Entflechtung von integrierten EltVU	26

II. Betroffene Eigentumsposition der EltVU	27
1. Der verfassungsrechtliche Ansatz	27
2. Die Ausprägung der Eigentumsstellung in der Elektrizitätswirtschaft	28
3. Die Zuordnung von Kraftwerken und Netz als verfassungsrechtliche Eigentumsposition	29
4. Das Poolssystem als Eingriff in die eigentumsrechtlich geschützte Stellung	30
III. Eigentumsrechtliche Schranken bei der Gestaltung neuer Rechtsgebiete	30
1. Inhaltsbestimmende und enteignende Regelungen	30
2. Poolssystem durch inhaltliche Neubestimmung elektrizitätswirtschaftlichen Eigentums	31
3. Verfassungsrechtliche Anforderungen an inhaltsbestimmende Gesetze	32
4. Die soziale Funktion des elektrizitätswirtschaftlichen Eigentumsobjekts	33
5. Kern der Eigentumsgarantie, Erhaltung der Substanz des Eigentums	34
6. Dauernder Entzug der Nutzung für eigene Zwecke als Substanzeingriff	36
7. Poolssystem in Form einer Eigentumsregelung als verfassungswidriger Eingriff in die Eigentumsgarantie	37
8. Alternativen?	38
IV. Enteignung nach Art. 14 III GG - ihre Schranken	39
1. Charakteristika der Enteignung	39
2. Poolssystem durch Übertragung der Netze auf eine Netzgesellschaft im Wege der Enteignung nach Art. 14 III GG	39
3. Hohe Grundrechtsschranken für die Enteignung nach Art. 14 III GG	40
4. Dringendes öffentliches Interesse an der Einführung des Poolsystems?	43
5. Poolregelung, Wettbewerb, Wettbewerbsbeschränkung, Monopol	47
6. Poolsystem: Versorgungssicherheit gewährleistet?	49
7. Poolregelung: Die Verlierer	50
8. Fazit: Die Einführung der Poolregelung durch Enteignung liegt nicht im dringenden öffentlichen Interesse	51

V.	Sozialisierung der Netze nach Art. 15 GG	52
	1. Die Sozialisierung ist denkbar	52
	2. Risiken einer Sozialisierung	53
	3. Der Streit um die sozialisierungsfähigen Güter	53
	4. Durchführung einer Sozialisierung - Einschränkungen	54
	5. Die Sozialisierungsentschädigung	55
VI.	Fazit	56
C.	<i>Institutionalisierte Durchleitungslösung</i>	57
I.	Prinzipien und mögliche Ausgestaltung	57
	1. Zugang zum Netz nach Maßgabe freier Kapazitäten	57
	2. Fallgruppen	57
	3. Problematik der Belegung freier Kapazitäten durch TPA	57
	4. Ausgestaltung: Behördenmodell	58
	5. Ausgestaltung: privatrechtliche Lösung	58
II.	Eigentumsbeeinträchtigung	59
	1. TPA als gravierender Eingriff in das Leitungseigentum	59
	2. Problematik der Verhältnismäßigkeit	60
	3. Berücksichtigung bestehender (alter) Eigentumsrechte	62
	4. Angemessene Übergangsregelungen	63
III.	Entschädigungsprobleme	64
	1. Adressat der Entschädigungsverpflichtung	64
	2. Entschädigungsgrundsatz: Verkehrswert	65
	3. Berechnungsfaktoren	67
	4. Einschränkung des Entschädigungsanspruches aus dem Grundsatz der Vorteilsausgleichung	71
D.	<i>Mißbrauchsmodell</i>	72
I.	Konzeption	72
	1. § 103 V S. 2 Nr. 4 GWB	72
	2. Regelungszweck	72

II.	Die aktive Förderung von Konkurrenten?	73
	1. Zulässigkeit im Kartellrechtssystem	73
	2. Vergleichbarkeiten und Unterschiede	75
	3. Die europäische Rechtslage	76
	4. Der Beschluß des Bundeskartellamtes i.S. Wintershall	77
	5. Fazit	81
	6. Die Entscheidung der sächsischen Landeskartellbehörde	81
	7. Die Entscheidung des Kammergerichts	82
III.	Fazit	85
E.	<i>Sonderfragen der Umsetzung</i>	86
I.	Durchleitungsgebühren	86
	1. Gesetzesmaterialien	86
	2. Regelung der Stromwirtschaftsvereinbarung	86
	3. Regelung innerhalb der UCPT	87
	4. Art. 14 Nr. 6 Kommissionsvorschlag	87
	5. Ansicht des Bundeskartellamtes	88
II.	Anschluß- und Versorgungspflicht	88
	1. Gesetzliche Anschluß- und Versorgungspflicht: Ansatz	88
	2. Marktmacht als Grundlage des Kontrahierungszwangs im Kartellrecht, Konsequenzen	89
III.	Konsequenzen für die Preisaufsicht	90
IV.	Abnahmepflicht nach dem Stromeinspeisungsgesetz	92
	1. TPA und Zulassungsprobleme nach dem SEG	92
	2. Parallelleitungen	93
	3. Fazit	93
F.	<i>Ausgewählte Fragen des Europäischen Rechts</i>	94
I.	Der Eigentumsschutz nach europäischem Recht	94
	1. Die Grundrechtsfähigkeit von Energieversorgungsunternehmen	94
	2. Die Dogmatik des europäischen Eigentumsschutzes	94

II. Die Rechtsgrundlagen für ein Tätigwerden der Organe der Europäischen Gemeinschaft auf dem Energiesektor	97
1. Grundsätzliches: Entwicklung der Tätigkeiten der Organe auf dem Energiesektor	97
2. Durchleitungsverpflichtungen im Rahmen freier Kapazitäten	98
3. Durchleitungsverpflichtungen im Poolssystem	102
G. <i>Ergebnisse</i>	104
I. Das Poolmodell	104
II. Institutionalisierte Durchleitungslösung	107
III. Mißbrauchsmodell	110
IV. Sonderfragen der Umsetzung	111
V. Ausgewählte Fragen des europäischen Rechts	112
<i>Literaturverzeichnis</i>	113
<i>Anhang</i>	119